

## DIE ANTI-INDIRA WAHLEN IN INDIEN \*

Eckehard Kulke

### Die Ausrufung der Wahlen

Wer geglaubt hatte, daß die 'größte Demokratie' der Welt seit 1975 endgültig in das Fahrwasser autoritärer Regime abgeglitten sei, sah sich mit der Ankündigung von Parlamentswahlen durch Indira Gandhi am 18. Januar 1977 eines Besseren belehrt. Nach der allgemeinen Verblüffung erhob sich sogleich die Frage, ob Indira Gandhi allen Cassandra-rufen zum Trotz letzten Endes doch den demokratischen Traditionen und Spielregeln Indiens verpflichtet sei oder ob sie nur einen günstigen Moment ausnutzen wollte, um aus einem Legitimationsdefizit heraus ihre selbstherrliche Macht demokratisch zu verbrämen und durch Wahlen zusätzlich zu festigen. Bei dieser Frage scheiden sich heute noch die Geister. Daß Indira Gandhi und die von ihr dominierte Congress-Partei diese vorzeitig ausgerufenen Wahlen\*\*\*) überlegen gewinnen würde, daran hatten Sympathisanten wie Gegner der indischen Ministerpräsidentin von Anbeginn keinen Zweifel. Welche Gründe mögen nun Indira Gandhi und ihre Ratgeber bewogen haben, zu diesem Zeitpunkt völlig überraschend die Abhaltung der Wahlen zu veranlassen? Es sind im wesentlichen sechs Gründe, die diese Entscheidung beeinflußt haben dürften:

1. Die wirtschaftliche Lage Indiens war zum Jahreswechsel 1976/77 relativ günstig. Nach zwei guten Monsunjahren verfügt Indien über beträchtliche Reis- und Weizenvorräte. Die Erfahrung lehrt jedoch, daß nach zwei guten Monsunsommern mit einem relativ trockenen Sommer zu rech-

---

\* Dieser Aufsatz beruht auf einem Feldaufenthalt in Indien vom 1.3.-16.4.1977, der aus Mitteln der DFG bezuschußt war.

\*\* Die nächsten Wahlen wären erst im Frühjahr 1978 fällig gewesen, da die Legislaturperiode sämtlicher indischer Parlamente (Lok Sabha und Länderkammern) im Rahmen der im Zeichen des Ausnahmezustandes vorgenommenen Verfassungsänderungen auf sechs Jahre verlängert und zusätzlich in einer Ausnahmeregelung um ein weiteres Jahr ausgedehnt worden war.

nen ist. Da der Ausgang der Ernte von größter Bedeutung für die allgemeine Wirtschaftslage Indiens ist und damit die 'öffentliche Stimmung' wesentlich beeinflusst, konnte es riskant sein, noch einen weiteren Monsun abzuwarten.

Hinzu kam die von Monat zu Monat ungünstiger werdende Preisentwicklung für Grundnahrungsmittel (vor allem pflanzliche Fette), so daß ein zentrales Argument der Regierung für die 'Segnungen' des Ausnahmezustandes (Stabilisierung der Lebensmittelpreise in den Monaten nach Ausrufung des Ausnahmezustandes) bereits weitgehend hinfällig geworden war, - trotz fortdauernder Erfolgsmeldungen in der kontrollierten Presse. Die Situation drohte in dieser Hinsicht eher schlechter als besser zu werden.

2. Die Regierung war davon überzeugt, die innenpolitische Szene, insbesondere die 'Law and Order' Situation, voll im Griff zu haben. Angesichts der weitgehenden Kontrolle sämtlicher (politisch relevanter) gesellschaftlicher Bereiche, insbesondere auch vor dem Hintergrund der (vermuteten) Regimeloyalität der für die Durchführung der Wahlen so wichtigen Bürokratie, bestand für die Regierungspartei kein Zweifel daran, daß eine 'disziplinierte' (d.h. von den Leistungen Indira Gandhis beeindruckte oder durch Druckmittel eingeschüchterte) Wählerschaft gar keine Alternative haben könnte, als für das Symbol von 'Cow and Calf' zu stimmen. Indira Gandhi fühlte sich so sicher, daß sie es glaubte riskieren zu können, den Ausnahmezustand in einigen Bereichen spürbar zu lockern; z.B. Freilassung fast sämtlicher führender Oppositionspolitiker, die befristete Aufhebung der Pressezensur und des Demonstrationsverbots.
3. Aus der Sicht der Congresspartei war die Opposition aus zwei Gründen nicht konkurrenzfähig. Zum einen war sie gespalten, so daß das Mehrheitswahlsystem dem Congress einmal mehr einen überproportionalen Anteil der Sitze (verglichen mit dem Anteil der abgegebenen Stimmen) ein-

bringen würde. Zum anderen konnte man davon ausgehen, daß sämtlichen bedeutenden Oppositionsparteien (mit Ausnahme der CPI) durch die lange Inhaftierung ihrer Führungsgruppen das politische Rückgrat gebrochen war. Selbst wenn diese Parteiführer kurzfristig aus der Haft entlassen wurden, war nicht zu erwarten, daß die Oppositionsparteien innerhalb weniger Wochen organisatorisch, personell und finanziell in der Lage sein würden, einen aufwendigen Wahlkampf zu führen.

4. Seit Monaten hatten sich innerhalb der Congresspartei zunehmend Spannungen gezeigt, die Indira Gandhi durch einen vorzeitigen Wahlgang bereinigen wollte. Indiras sehr personalistischer Führungsstil, der Aufstieg Sanjay Gandhis und die Herausforderung an das alte Congress-Establishment durch den 'Youth Congress' hatten einflußreiche Gruppen des Congress auf Bundes- und Länderebene verunsichert und antagonisiert. Die Ereignisse in Uttar Pradesh, Orissa und West Bengalen, wo Länderministerpräsidenten erfolgreich (oder fast) zum Rücktritt gezwungen wurden, nur weil ihre regionale Machtbasis nicht auf Indiras Gnaden beruhte oder weil sie Sanjay Gandhi die Gefolgschaft versagt hatten, hatten Unruhe in der Congress-Organisation verbreitet.
5. Der kometenhafte Aufstieg Sanjay Gandhis war innerhalb und außerhalb der Congresspartei zunehmend Kritik ausgesetzt. Diese Kritik zielte vor allem auf die Tatsache, daß Sanjays politische Rolle formal und verfassungsmäßig nicht abgesichert war, daß er eine 'extra-constitutional authority' darstellte. Hier konnten nur Wahlen abhelfen, die Sanjay einen Sitz im Parlament verschaffen und ihn mit einer starken Hausmacht (neue Abgeordnete aus dem 'Youth Congress') versehen sollten, auf Grund derer er dann (formal einwandfrei) ein führendes Amt in Regierung oder Partei übernehmen konnte. Die Wahlen sollten somit eine Legalisierungsfunktion für Sanjay Gandhi haben und die Kontinuität der "Nehru-Dynastie" sichern.

6. Es ist nicht auszuschließen, daß außenpolitische Faktoren einen Einfluß auf den Zeitpunkt der Wahlankündigung ausübten. Zum einen hatte Bhutto für Pakistan Wahlen anberaumt, so daß in den Augen der Weltöffentlichkeit die traditionelle Gleichung zwischen Pakistan = Diktatur und Indien = Demokratie ins Gegenteil verkehrt zu werden drohte. Zum anderen wird in Indien vermutet, daß die neue Carter-Regierung der Vereinigten Staaten der um Annäherung bemühten indischen Regierung zu verstehen gegeben hatte, daß eine Rückkehr zu demokratischen Formen in Indien einem solchen Bemühen sehr förderlich wäre.

#### Parteienbündnisse - Das Ende des 'dominant party system'?

Die Ankündigung der Wahlen traf Congress wie Opposition völlig überraschend. Während in der Congresspartei innerhalb weniger Tage ein großer Andrang auf die Wahlkreis-kandidaturen festzustellen war (bis zu siebzig Bewerbungen um ein 'Ticket'), da mit einem sicheren Wahlsieg gerechnet wurde, war die Opposition zunächst wie gelähmt. Ihre Chancen wurden als so aussichtslos eingeschätzt, daß einige Oppositionspolitiker wie der inhaftierte Sozialistenführer George Fernandes zum Wahlboykott aufriefen. Die gerade erst aus den Gefängnissen entlassenen Oppositionsführer stimmten nach ersten Absprachen überein, daß diese Wahlen u.U. die letzte Chance bieten würden, überhaupt noch einmal als Opposition politisch tätig zu werden und daß diese Chance nur von einer geeinten Opposition genutzt werden konnte. Innerhalb von vier Tagen bewirkten die eindringlichen Appelle des Alt-Gandhianers Jayaprakash Narayan am 24. Januar eine Einigung der wichtigsten nicht-kommunistischen, gesamt-indischen Oppositionsparteien unter der Führung des rüstigen, 82 Jahre alten Morarji Desai. Es waren im wesentlichen folgende vier Parteien, die sich zur Janata-Partei zusammenschlossen:

- (a) Die hinduistisch-nationalistische Jan-Sangh Partei, deren Hochburgen vor allem in den hindi-sprachigen Regionen Nordindiens liegen und die über die wirksamste Par-

teiororganisation verfügt. Sie genießt den größten Rückhalt in den städtischen Mittelschichten.

- (b) Der 1969 von der Congresspartei abgespaltene Congress-O, in dem sich vor allem diejenigen Congresspolitiker (das sogenannte 'Syndikat') zusammengefunden hatten, die sich dem Dominanzanspruch Indira Gandhis widersetzt hatten. Sein größtes Gewicht hatte der Congress-O bei den letzten Wahlen 1971 in Gujarat, Tamil Nadu, Karnataka und Bihar.
- (c) Die relativ konservative Agrarierpartei Bharatiya Lok Dal (1971 noch Bharatiya Kranti Dal) unter dem Führer der Großbauernkaste der Jats Charan Singh mit einer Konzentration auf das westliche Uttar Pradesh.
- (d) Die aus dem Zusammenschluß der beiden traditionellen sozialistischen Parteien (Samyukta Socialist Party, Praja Socialist Party) hervorgegangene Socialist Party mit Hochburgen in Bihar und Orissa.

Hinzu kommen die Überreste der schon vor 1975 von der Auflösung erfaßten Swatantrapartei, eine Anzahl von Congress-Jungtürken, die 1975 trotz Congress- und Parlamentsmitgliedschaft wegen ihrer Kritik an Indira Gandhi verhaftet worden waren (Chandra Shekar, Mohan Dharia, Krishna Kant), sowie einzelne regional bedeutende, ideologisch nicht festzulegende Parteien wie z.B. der Utkal Congress in Orissa.

Zum ersten Mal seit Bestehen der indischen Union stand der Congress somit nicht einer zersplitterten Opposition gegenüber (ein Umstand, der bei früheren Wahlen dazu geführt hatte, daß der Congress mit 40 - 43 % der Stimmen bis zu 66 % der Parlamentssitze erringen konnte), sondern einem Oppositionsbündnis, das die Konkurrenz (und wechselseitige Neutralisierung) von mehreren Oppositionskandidaten verhinderte. Die sich dergestalt abzeichnende Polarisierung hatte eine Sogwirkung auch auf die übrigen Oppositionsparteien, die mit der einen oder anderen Seite Wahlabsprachen trafen und dafür regionale Hochburgen einbrachten. So kam es zu Absprachen der Janatapartei mit den Parteien Akali Dal in

Punjab, Drawida Munnetra Kazhagam in Madras, CPI (M) in mehreren Staaten, Peasants and Workers Party in Maharashtra, dem Forward Bloc, der Revolutionary Socialist Party und der Unberührbarenpartei 'Republican Party of India'. Demgegenüber verband sich der Congress in Staaten, in denen er über keine starke Parteibasis verfügte (Tamil Nadu, Kerala und mit Abstrichen in West Bengalen) mit der CPI, der Anna Drawida Munnetra Kazhagam und der Muslim League. Die moskauorientierte CPI präsentierte sich einmal mehr in einer sehr widersprüchlichen Rolle. Während sie mit dem Congress in Bengalen, Tamil Nadu und Kerala zusammenging, suchte sie in anderen Staaten (vergeblich) Absprachen mit der sich anbahnenden Oppositionsallianz. Die CPI zielte auf eine Situation, in der eine mandatsmäßig reduzierte Congresspartei auf ihre Regierungsbeteiligung angewiesen sein würde.

Die auf diese Weise zustande gekommenen Bündnisse waren grundsätzlich ohne gemeinsame ideologische Basis. Die Person und Politik Indira Gandhis war zum Katalysator der innenpolitischen Szene und der Parteienlandschaft geworden. Während sich in der Janata-Partei (und im Bündnis mit ihr) all diejenigen Kräfte verbanden, die Indira von der Macht verdrängen und die vielfältigen Einschränkungen im Zeichen des Ausnahmezustandes beseitigen wollten, stellten der Congress und seine Verbündeten eine Interessengemeinschaft all derjenigen dar, die vom Ausnahmezustand profitierten bzw. in Zukunft von ihm profitieren wollten.

#### Der Übertritt Jagjivan Rams und die Folgen

Während mit dem Zusammenschluß der Opposition ein ganz zentrales Kalkül Indira Gandhis durchkreuzt war, geriet die Wahlkampfstrategie des Congress mit dem Parteiaustritt des rangältesten Zentralministers Jagjivan Ram am 2. Februar total aus dem Konzept. Nur zwei Wochen nach der Ankündigung der Wahlen sah sich der Congress unversehens in die Defensive gedrängt, die Wahlen drohten mit jedem Tag zunehmend ein Risiko für die Regierungspartei zu werden. Während die Opposition zunächst nur vorsichtig gegen den Congress pole-

misierte und auslotete, wie weit die Meinungs- und Pressefreiheit tatsächlich wiederhergestellt war, löste der Schritt Jagjivan Rams den bis dahin bestehenden Bann. Die nach 19 Monaten Diktatur tief sitzende Furcht wich allmählich Zuversicht und Selbstbewußtsein auf Seiten der Oppositionsparteien und der 'schweigenden Mehrheit' der indischen Gesellschaft. Trotzdem traute man dem unverhofft eingetretenen Tauwetter nicht vollkommen und rechnete, je mehr der Congress in die Defensive geriet, mit irgendeiner radikalen Maßnahme Indiras, um erneut ihre gefährdete Position zu retten. (So befürchtete man u.a. eine Absage der Wahlen und einen Herrschaftspakt zwischen Indira Gandhi und dem Militär.)

Jagjivan Ram verfügt in Indien über ein beträchtliches politisches Gewicht. Über Jahrzehnte hatte er nacheinander verschiedene wichtige Ministerämter im Zentralkabinett ausgeübt. Seine besondere Machtbasis beruht jedoch auf einer Rolle als inoffizieller Führer der 80 Millionen Unberührbaren, auch verfügt er in seinem Heimatstaat Bihar über einen weiten Anhang. Er ist einer der wenigen Politiker von gesamtindischem Rang, dessen Herausforderung Indira Gandhi ernst nehmen mußte. (So war es Jagjivan Ram gewesen, der sich 1975 nach dem für Indira politisch so diskreditierenden Schuldspruch des Gerichtes von Allahabad bereit gehalten hatte, an ihre Stelle als Premierminister zu treten. Die Ausrufung des Ausnahmezustandes hatte seinerzeit einen Strich durch seine Rechnung gemacht.)

Der von Ram gegründete 'Congress for Democracy' (CFD) war als Sammelbewegung für all diejenigen Congresspolitiker konzipiert, die mit dem Regime Indira Gandhis nicht einverstanden waren und trotzdem den Congress nicht verlassen wollten; denn der CFD wollte ja der 'wahre' Congress sein. Seine Allianz mit der Janatapartei, die von der Wahlkreisabsprache bis hin zur Annahme eines gemeinsamen Wahlsymbols ging (ein Bauer mit dem Pflug), stellte insofern einen geschickten wahltaktischen Schachzug dar, der den Congress schwächen mußte, denn verunsicherte und frustrierte Con-

gresspolitiker gab es genug. Die Forderung des Youth Congress und Sanjay Gandhis, Congressveteranen als 'dead wood' bei dieser Wahl nicht mehr als Kandidaten aufzustellen und statt dessen ca. 150 der Wahlkreise für Youth Congress Mitglieder zu reservieren, hatte weite (durchaus noch sehr einflußreiche) Kongreßkreise irritiert und dürfte den Übertritt Jagjivan Rams wesentlich beeinflußt haben.

Der Austritt Rams fiel genau in die erste Februarwoche, in der das zentrale Wahlkomitee des Congress die Kandidatenlisten für die einzelnen Länder zusammenstellte. Über Nacht war eine neue Situation entstanden und die nahezu abgeschlossenen Listen mußten umgeschrieben werden, wobei die Forderungen des Youth Congress ohne Aufhebens zu den Akten gelegt wurden und aus der stattlichen Zahl von 140 Kandidaten aus seinen Reihen lediglich ein Dutzend übrigblieben. Die Kandidatenauswahl stand nun unter dem Motto: jeder Congress-MP, der erneut kandidieren wollte, sollte quasi automatisch die Kandidatur erhalten. Wenn damit auch eine massive Übertrittsbewegung vom Congress zum CFD zunächst verhindert wurde, so litt der Congress auch in dieser Wahl unter dem alten Übel der internen Wahlsabotage. Enttäuschte Mitbewerber um die offizielle Wahlkandidatur und irritierte Youth Congress Gruppen arbeiteten in vielen Regionen (besonders West Bengalen, Maharashtra) gegen die Congress-Kandidaten und trugen so zu dem sich anbahnenden Kongress-Debakel bei.

Die Frage, ob Jagjivan Ram die seit Februar erkennbare Anti-Congress und Anti-Indira Welle in Nordindien ausgelöst oder lediglich akzellerierend auf sie gewirkt habe, ist in der indischen politischen Öffentlichkeit bis heute umstritten. Daß dies keine rein akademische Frage ist, zeigten die Ereignisse unmittelbar nach der Wahl, als der Führungsanspruch J.Rams in der Janata-CFD Koalition von seinen Anhängern entsprechend begründet wurde.

## Der Wahlkampf

Der Congress versuchte nach erprobtem Muster die indische Wählerschaft für sich zu mobilisieren. Die gesamte Wahlkampfstrategie war auf die Person Indira Gandhis aufgebaut, die sechs Wochen in fast pausenlosem Einsatz per Hubschrauber sämtliche Staaten Indiens bereiste und pro Tag 6 bis 8 Großveranstaltungen in 3 bis 4 Distrikten abhielt. Die Großveranstaltungen waren im Gegensatz zu den Wahlen von 1971 schwächer besucht und ließen den Enthusiasmus vermissen, den Indira Gandhi bei früheren Wahlen zu wecken vermochte. Um die Peinlichkeit allzu schwach besuchter Wahlversammlungen Frau Gandhis zu verhindern, wurden häufig tausende von 'Anhängern' gegen Entgelt mit Lastwagen herbeigefahren. Der Congress litt daran, daß er neben Indira Gandhi über keine weiteren massenwirksamen Führer verfügte, die auf ähnlichen Wahlkampfrundreisen Wähler hätten mobilisieren können. Hier rächte sich die personalistische Politik Indira Gandhis, die in ihrer elfjährigen Regierungszeit fast sämtliche Congressführer von gesamtindischer Bedeutung verdrängt hatte. Die wenigen noch verbliebenen (Y.B.Chavan, Swaran Singh, Brahmananda Reddy) beschränkten ihre Wahlkampf Bemühungen auf ihre eigenen Wahlkreise.

Im Gegensatz hierzu herrschte bei der Janata-Partei kein vergleichbarer Mangel an zugkräftigen Politikern. Namen wie Morarji Desai, Jagjivan Ram, Charan Singh, A.B.Vajpajee, Madhu Limaye, Raj Narain, Chandra Shekar vermochten in den verschiedenen Regionen Indiens ohne Schwierigkeiten Massen von 100 000 Zuhörern auf die Beine zu bringen. Sie alle waren getragen vom Mythos der Märtyrer, die neunzehn Monate Gefängnishaft hinter sich hatten, ein Mythos, den der Congress nach der Unabhängigkeit auf seine Weise bei Wahlen überstrapaziert hatte.

Die Wahlkampagne der Janatapartei erhielt einen moralischen Anstrich, indem sich gandhische Altpolitiker wie J.P. Narayan und A.Kripalani mit Vehemenz und Pathos für sie einsetzten. Hinzu kamen hochgeachtete Mitglieder der Nehru-

und Gandhifamilien (die Schwester Nehrus Vijayalakshmi Pandit und der Enkel M.Gandhis Rajmohan Gandhi) sowie Religionsführer wie der Imam der Freitagsmoschee von Delhi oder die Jagadgurus von Sringeri und Puri, die offen für eine Unterstützung der Anti-Congress Bewegung warben.

Der Congress versuchte den Mangel an massenwirksamen Politikern und an Enthusiasmus zu kompensieren durch einen massiven Einsatz von finanziellen Ressourcen. Congresskandidaten waren ihren Kontrahenten in fast jedem Wahlkreis hinsichtlich der Zahl der zur Verfügung stehenden Jeeps, Lautsprecher, Plakate und der vielfältigen bei indischen Wahlen üblichen Wahlgeschenke weit überlegen. Während diese Ressourcenüberlegenheit bei früheren Wahlen in der Regel durch den Congress auch in Wählerstimmen umgemünzt werden konnte, scheint bei dieser Wahl der allzu massive Einsatz dieser Mittel eher das Gegenteil bewirkt zu haben. Der soeben aus der Haft entlassene Janata-Kandidat, der von Dorf zu Dorf auf dem Motorrad reiste und der von Hunderten von Studenten unterstützt wurde, die sich wochenlang unter die Dorfbevölkerung mischten, vermochte einen sehr viel engeren Kontakt zu den Wählern herzustellen als der Congressabgeordnete, der mit dem Jeep die befestigten Straßen befuhr und versuchte, mit Lautsprecher-Slogans um Stimmen zu werben.

#### Issues und Non-Issues

Wahlkampfthemen, die bei früheren Gelegenheiten entscheidend den Ausgang von Wahlen beeinflusst hatten, standen diesmal vollkommen im Hintergrund (Wirtschaft und Ernährungslage, Bekämpfung der Armut, Außenpolitik und 'Bedrohung von außen', Communalismus und Minderheitenprobleme). Statt dessen wurden dem in die Defensive geratenen Congress Themen aufgezwungen wie z.B. 'politische und bürokratische Exzesse im Zeichen des Ausnahmezustandes', Sterilisation und 'Sanjay Gandhi'. Der Congress glaubte die Wahlkampagne bestreiten zu können mit einer Hervorhebung der 'Vorzüge' des Ausnahmezustandes, der Indien aus einer chaotischen Situa-

tion gerettet und dem Lande Stabilität, Disziplin und wirtschaftlichen Fortschritt gebracht habe. Dazu wurde bis zum Wahltag das Bild einer regierungsfähigen, ideologisch zersplitterten Opposition gezeichnet, die durch die radikal-hinduistische Jan Sangh Partei und deren paramilitärisch-faschistische Basisorganisation Rashtriya Swayam Sewak Sangh dominiert werde, die Indien nur ins Unglück stürzen könne. Diese Wahlkampfthemen fanden jedoch keine Resonanz in der Öffentlichkeit, die statt dessen voll auf die von der Opposition angebotenen Themen einging.

Die Charakterisierung der Wahlkampfssituation durch die Opposition als zweiter Freiheitskampf (wobei die britische Kolonialherrschaft noch häufig als besser dargestellt wurde als die 'Indira-Diktatur') und der Slogan 'Democracy versus Dictatorship' sprach offenbar das Empfinden weiter Bevölkerungsschichten in Nordindien unmittelbar an. Dies wird verständlich durch die Tatsache, daß die Bevölkerung auch in den Großstadtslums, den entlegenen Kleinstädten und Dörfern die Auswüchse einer selbstherrlich gewordenen Bürokratie am eigenen Leibe zu spüren bekommen hatte. Wenn von 'Exzessen während des Ausnahmezustandes' die Rede war, konnten sich auch dörfliche Analphabeten sehr konkrete Situationen darunter vorstellen. In diesem Zusammenhang wurden für sie auch Themen wie 'Pressefreiheit', 'Unabhängigkeit der Gerichte' plausibel, die sich normalerweise nicht als Wahlkampfthemen für ein dörfliches Auditorium eignen würden, denn es war nicht schwer, den Dorfbewohnern den Zusammenhang zwischen diesen Themen und den von ihnen selbst erlebten Exzessen klar zu machen.

### Sterilisation

Das Thema mit der größten Breitenwirkung besonders auch in den untersten Schichten der Bevölkerung Nordindiens war ohne Zweifel die von der Zentralregierung betriebene Sterilisationspolitik. Um endlich den Durchbruch in den Bemühungen zur Geburtenkontrolle zu erreichen, hatte die Zentralregierung (unter direkter Einflußnahme Sanjay Gandhis)

zum Mittel der Sterilisationen gegriffen, wobei diese Politik weniger auf Motivierung der anzusprechenden Bevölkerungsgruppen hinzielte, sondern nur noch an zahlenmäßigen Erfolgen interessiert war. Von Delhi aus wurde für jedes Bundesland eine Quote festgelegt (für ganz Indien 4,3 Mill.), die in der Zeit von April 1976 bis zum März 1977 zu erreichen war. Wie die festgesetzte Zahl der Sterilisationen erreicht werden konnte, wurde den Länderregierungen überlassen. Diese Situation war deshalb ausgesprochen fatal, weil die immer mehr in Abhängigkeit von Delhi (d.h. von Indira Gandhi und ihrem Sohn Sanjay) geratenen Länderregierungen bestrebt sein mußten, sich durch die Erfüllung eines Übersolls das Wohlwollen der Machtzentrale zu sichern. Die Methoden, die dann von den nachgeordneten Bürokratien zur Sollerfüllung angewendet wurden, schwankten zwischen Erpressung (Verweigerung von Gehaltszahlungen an Staatsangestellte) bis hin zur offenen Gewaltanwendung. So wurde das Jahresoll von 4,3 Millionen Sterilisationen bereits in den 9 Monaten bis Dezember 1976 mit 6,9 Millionen übererfüllt, wobei sich die Staaten Madhya Pradesh, Haryana, Uttar Pradesh, West Bengal und Delhi mit bis zu 400 % Übersollerfüllung besonders hervortaten. Die untersten Verwaltungsränge, die angehalten waren, wöchentlich oder monatlich eine bestimmte Anzahl von ihnen veranlaßte Sterilisationen ('cases') vorzuweisen, hielten sich verständlicherweise an die schwächsten Gruppen der Gesellschaft, die Druck und Gewalt am wenigsten Widerstand entgegenzusetzen hatten. (Hierin liegt eine Erklärung für die Tatsache, daß die Unberührbaren und ärmeren Muslims, bislang ein traditionales Wählerpotential des Congress, bei dieser Wahl vom Congress weitgehend abfielen.) Die ländliche Bevölkerung war so verängstigt, daß bereits das Erscheinen eines Jeeps im Dorf bewirkte, daß die Männer aus Furcht, in ein 'Sterilization Camp' gebracht zu werden, in die Felder flohen, wo sie oft mehrere Tage blieben. Widerstand gegen Sterilization Camps wurde brutal gebrochen. Wohin man auch in den Wochen vor der Wahl in Nordindien reiste, man vernahm eine Fülle von skandalösen,

teils phantastisch klingenden Geschichten und Gerüchten über zwangsweise Sterilisationen, Massenschießereien usw. Ob nachprüfbar, aufgebauscht oder nur Gerücht, - entscheidend ist die Tatsache, daß dieser 'Issue' einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf den Wahlausgang in Nordindien hatte.

### Sanjay Gandhi

Indirekt mit dem Sterilisationsthema im Zusammenhang stand die Kritik an der Person und politischen Rolle Sanjay Gandhis, der - aus der Sicht seiner Kritiker - durch nichts legitimiert als durch die Abstammung von der Nehru-Familie, einen absolut unkontrollierbaren Einfluß auf die Regierungsgeschäfte ausübte und mit dafür verantwortlich war, daß Indira von einem Kreis skrupelloser Ja-Sager umgeben war. Zwar wurde Sanjay Gandhi nach dem Austritt Jagjivan Rams von der Congress-Wahlkampfführung über Nacht 'aus dem Verkehr gezogen' und in seinen Wahlkampfaktivitäten auf seinen Wahlkreis Amethi in U.P. eingeschränkt, doch verhinderte dies in keiner Weise, daß die Opposition die weit verbreitete Abneigung gegen Sanjay Gandhis Praktiken in Politik und Wirtschaft nutzte und bewußt schürte. Nachdem die kontrollierten und zensierten Massenmedien seit 19 Monaten ein Loblied auf Sanjay als neuen nationalen Führer verbreitet hatten, erschien nun in der von der Zensur nicht mehr behelligten Presse ein ganz anderes Bild, das erst allmählich Art und Ausmaß seines Einflusses in Konturen erkennen ließ. Sanjay Gandhi war bis 1975 lediglich durch (sehr umstrittene) ökonomische Aktivitäten bekannt geworden. Nach der Ausrufung des Ausnahmezustandes war er jedoch recht bald in die Position des 'Gatekeepers' von Indira Gandhi gelangt, der den Zugang zum Machtzentrum weitgehend kontrollierte und monopolisierte (Sanjay Gandhi nahm u.a. auch an Kabinetts- und Staatschefsbesprechungen teil). Die Patronage- und Korruptionsmöglichkeiten, die sich aus einer solchen Funktion ergaben, waren unbegrenzt und die seit März dieses Jahres zutage geförderten Einzelheiten deuten darauf hin,

daß sie auch skrupellos genutzt wurden. Sanjay Gandhi und die ihm nahestehenden Politiker (vor allem Bansi Lal, V.C. Shukla, Om Mehta, Mohammed Yunus) errichteten ein weit verzweigtes Patronagenetz; wer Sanjay gegenüber nicht offen Loyalität bekundete, mußte mit Schikanen, wer ihn kritisierte, mit Sanktionen rechnen. So wurden Landesministerpräsidenten mit eigener Machtbasis (Bahuguna, Nandini Satpathi) und loyalitätsunwillige Zentralminister (Swaran Singh, Gujral) zur Abdankung gezwungen. Normale Staatsbürger, die Sanjay Gandhi kritisierten (wie z.B. Sozialarbeiter, die sich gegen die von Sanjay initiierten und beaufsichtigten brutalen Slumbeseitigungen wandten), wurden ohne Angabe von Gründen inhaftiert. Mehr und mehr erkannten auch internationale Konzerne (International Harvester, Mannesmann, DEMAG) die Machtstrukturen in Delhi und schlossen mit Maruti Ltd., der Firma Sanjay Gandhis, Kooperationsverträge ab.

Sanjay Gandhi gab sich bei all dem ein (von den Massenmedien eifrig verbreitetes) progressiv-populistisches Image, wozu vor allem die von ihm formulierten '5 Punkte' (u.a. Aufforderung zur Familienplanung, Bekämpfung des Analphabentums, Aufforstung) dienten. Der von ihm nicht formal geleitete, jedoch immer stärker unter seinen Einfluß geratene 'Youth Congress' wurde zunehmend zu einer 'Roten Garde' (V.Pandit), mittels derer er sich ein Machtinstrument für seine zukünftigen politischen Ambitionen schuf. Auch diese Organisation war durch Protektion und Opportunismus bis auf die unteren Ebenen korrumpiert worden. So sind Fälle bekannt geworden, daß propagandistisch groß aufgebauschte 'Shramadana Camps' (basierend auf freiwilliger Arbeit) des Youth Congress abgehalten wurden, auf denen Sanjay Gandhi unter Begleitung von Zentralministern und Länderministerpräsidenten Projekte besichtigte, die nachts in aller Heimlichkeit (auf Staatskosten) von Arbeitern des Public Works Department errichtet worden waren, die jedoch als Leistungen des Youth Congress angepriesen wurden.

Gegen diese hochkalibrige Verfilzung und Korrumpierung des gesamten Staatsapparates bis hin zur Anbiederung und

Heuchelei auf lokaler Ebene hatte sich eine weit verbreitete Abneigung unter Politikern, Administratoren und in der Bevölkerung entwickelt, die sich nun wenige Wochen vor der Wahl immer stärker artikulierte und durch immer neue 'Skandale' genährt wurde, die erst jetzt in der Presse aufgegriffen werden konnten.

In diesem Zusammenhang geriet vor allem Sanjay Gandhis Rolle bei den mit großer Brutalität durchgeführten 'Slum-Clearance' Projekten ins Zwielficht. Allein in Delhi wurden mit der Begründung der notwendigen 'Beautification' der Hauptstadt 700 000 Slum-Bewohner von Bulldozern aus ihren Behausungen vertrieben und ohne notwendige infrastrukturelle Vorbereitungen 20 bis 30 km außerhalb der Stadt angesiedelt. Widerstand wurde von para-militärischen Einheiten mit Waffengewalt zerschlagen. Sanjay Gandhi fand bei all diesen Maßnahmen (die in Kreisen des Mittelstandes durchaus auf Sympathie stießen) nur allzu willige Unterstützung bei Administratoren und Politikern auf allen Ebenen, war er es doch, von dem man (zumindest potentiell) alle möglichen Gratifikationen oder auch Sanktionen erwarten konnte.

Vor diesem Hintergrund wird es verständlich, daß in der Bevölkerung der Congress-Slogan der 1971-Wahlen ('Gari-bi Hatao' = Beseitigt die Armut) in der abgewandelten Form Garib Hatao = 'Beseitigt die Armen' kursierte.

Von den zahlreichen Faktoren und 'Issues', die letztlich den Ausgang der Wahlen bestimmen sollten, seien neben den bereits erwähnten noch folgende Aspekte genannt:

Die indische Presse erholte sich nach der Absetzung der Zensurmaßnahmen erstaunlich schnell von der ihr auferlegten Erstarrung der Emergency-Zeit. Es ist beachtlich, wie wenig sich Verleger und Journalisten von Warnungen des Informationsministers V.C.Shukla ('We are watching you') beeindruckten ließen und mit welcher Offenheit sie kritisch über die vergangenen 19 Monate berichteten. Während die 'Hindustan-Times' des Birla Konzerns sowie führende Zeitungen wie 'The Hindu' und 'Amrita Bazar Patrika' nach wie vor

auf Seiten des Congress standen, waren der 'Indian Express' und der 'Statesman' besonders kritisch und informativ, und auch die 'Times of India' folgte nach einigem Zögern auf dieser Linie. Verbotene oder aus dem Verkehr gezogene Zeitschriften wie 'Seminar' und 'Mainstream' erschienen wieder mit offener Congress-Kritik und selbst das Boulevardblatt 'Blitz', das noch während des Ausnahmezustandes ganz auf Seiten Indira Gandhis und auch Sanjay Gandhis gestanden hatte, schwenkte auf eine vehemente Oppositionshaltung um. Es ist sicher nicht übertrieben, wenn man annimmt, daß dieser kritischen indischen Presse ein wesentlicher Anteil an dem Aufbrechen des latent vorhandenen Kritik- und Oppositionspotentials in der indischen Öffentlichkeit zukommt. (Diese Wirkung wurde nicht entfernt neutralisiert durch die einseitige Parteinahme durch den Regierungssender 'All India Radio'.)

Während des Wahlkampfes wurde klar, daß die Congress-Regierung in der Zeit des Ausnahmezustandes auf keine zahlenmäßig ins Gewicht fallende Gruppe mehr bauen konnte. Unberührbare und Muslims, bisher sichere Congress-Wähler, waren durch Sterilisations- und Slumbeseitigungspolitik ins Lager der Opposition gedrängt worden, wozu auch noch die eindeutigen Stellungnahmen Jagjivan Rams und des Imams von Delhi beigetragen hatten. Die städtischen Mittelschichten standen traditionell ohnehin der Opposition näher und die Großbauern hatten unter einer zu populistischer Radikalität neigenden Regierung Indira Gandhis mehr zu fürchten als bei einer möglichen Machtübernahme durch liberal-konservative Politiker wie M.Desai und Charan Singh. Die Arbeiterschaft hatte ohne Zweifel unter der unternehmerfreundlichen Politik der letzten 19 Monate (Streikverbot bei gleichzeitiger Erleichterung von Entlassungen und Aussperrungen; Einfrieren der Löhne trotz allmählich wieder steigender Preise; Sperrung der Dearness Allowances und des Bonus) am meisten Nachteile hinnehmen müssen. Die von der Zentralregierung und den Landesregierungen noch kurz vor der Wahl beschlossenen gruppenspezifischen Lohnerhöhungen, Steuernachlässe

oder auch Legalisierung von städtischen Slumsiedlungen mußten in einer Situation, in der seit 1975 eine restriktive Politik gegenüber diesen Gruppen verfolgt wurde, letztlich nur die Unglaubwürdigkeit der Congressregierung erhöhen. Die Janatapartei stellte sich auch umgehend auf diese plötzlich ausbrechende Freigiebigkeit der Congressregierungen ein und gab den Ratschlag, all diese Wahlgeschenke (wie auch die hunderttausende Congress-Saris, die am Abend vor der Wahl verteilt wurden) anzunehmen, die Stimme aber trotzdem der Opposition zu geben.

Die Glaubwürdigkeit des Congress und auch Indira Gandhis selbst hatte am Vorabend einen absoluten Tiefstand erreicht. Nur so ist es zu erklären, daß das Gerücht über eine vermeintliche Mitwirkung Indira Gandhis am Tode des Präsidenten F.A.Ahmed Mitte Februar (angeblich, weil er sich geweigert hatte, Indira Gandhi zuzustimmen und die Wahlen auszusetzen) eine so breite Resonanz in allen Regionen Indiens finden konnte.

Abschließend muß also festgestellt werden, daß die Ausrufung der Wahlen durch Indira Gandhi auf einer gravierenden Fehleinschätzung der Stimmungen in der indischen Öffentlichkeit beruhte. Die Premierministerin hatte sich offenbar zu weit von der Basis entfernt, sie hatte das Gespür für atmosphärische Strömungen in der Bevölkerung verloren. Hieran war sie weitgehend selbst schuld, da sie die Presse als kritisches Informationsinstrument (auch der Herrschenden) ausgeschaltet hatte und sich zudem mit Ja-Sagern umgeben hatte, die verhinderten, daß realistische Berichte zumindest des Nachrichtendienstes CIB in die Machtzentrale vordrangen.

### Das Wahlergebnis

Das Wahlergebnis kann ohne alle Effekthascherei als sensationell bezeichnet werden. Nicht nur, daß der Congress zum ersten Mal seit seinem Bestehen aus der stärksten Position im Machtzentrum Indien verdrängt war, daß Indira Gandhi

Tabelle 1: Sitzverteilung in der Lok Sabha - Vergleich 1971 und 1977\*

	Sitz- zahl gesamt	Con- gress 71	Con- gress 77	CFD + Ja- nata	Con- gress (0)	Jan Sangh	BKD BLD	SSP PSP	Swa- tan- tra	CPI	CPI (M)	DMK und ADMK	Aka- li Dal	An- dere Par- teien	Unab- hän- gige										
	71	77	77		71	71	71	71	71	71	77	71	77	71	77										
Total	520	542	350	153	298	16	23	1	5	8	23	7	25	21	24	20	1	8	28	19	13	14			
Andhra Pradesh	41	42	28	41	1	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	-	-	10	-	1	-	1		
Assam	14	14	13	10	3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-	1	-	1		
Bihar	53	54	39	-	52	3	2	2	-	-	5	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	2		
Gujarat	24	26	11	10	16	11	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-		
Haryana	9	10	7	-	10	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
Himachal Pradesh*	4	4	4	-	3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
Jammu + Kashmir*	6	6	5	2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	-	1	1	
Karnataka	27	28	27	26	2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	7	-	5	1	
Kerala	19	20	6	11	-	-	-	-	-	3	4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Madhya Pradesh	37	40	21	1	37	-	11	-	1	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3	-	1	5	
Maharashtra	45	48	42	20	19	-	-	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	5	
Manipur	2	2	2	2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Meghalaya	-	2	-	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	
Nagaland	1	1	-	4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	
Orissa	20	21	15	-	15	-	-	-	3	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-	1	1	
Punjab*	13	13	10	-	3	-	-	-	2	2	-	-	1	8	-	-	-	-	1	-	1	-	2	-	
Rajasthan	23	25	14	1	24	-	5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Sikkim	-	1	-	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Tamil Nadu	39	39	9	14	3	1	-	-	-	4	3	-	-	-	-	23	19	-	-	-	-	-	-	1	
Tripura	2	2	1	1	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Uttar Pradesh	85	85	73	-	85	1	4	-	-	4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	-	-	-	
West Bengal	40	42	13	3	16	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Union Territories (davon Delhi)	11	17	10	5	8	-	-	-	-	3	-	-	-	-	-	-	-	-	2	-	20	16	-	1	2
	7	7	7	-	7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	

\* Stand März 1977 - in drei Wahlkreisen ist noch zu wählen.

und nahezu die gesamte nordindische Congress-Elite ihre Wahlkreise und damit ihre Parlamentssitze verlor, der Congress wurde in allen hindisprachigen Staaten Nordindiens zu einer Partei zweiten Ranges deklassiert.

Von den 237 Wahlkreisen im 'Hindi-Belt' errang der Congress ganze 2 Sitze. Daß hier nicht nur eine relativ geringe Stimmverschiebung stattgefunden hat (die ja im Mehrheitswahlssystem durchaus überproportionale Verschiebungen in der Mandatsverteilung zur Folge haben kann), sondern ein erdrutschartiger Swing, ergibt sich aus den Vergleichszahlen für Uttar Pradesh (Congress 1971 48,6 %, 1977 25,1 % der Stimmen), Bihar (40,1 % / 22,8 %), Haryana (52,6 % / 17,9 %), Himachal Pradesh (75,8 % / 38,3 %) und Delhi (64,4 % / 30,2 %). (Siehe Tabelle 2)

In einzelnen bisher vom Congress gehaltenen Wahlkreisen erzielten relativ unbekannte Janata-Kandidaten gegenüber 'gestandenen' Congress-Politikern extrem hohe Wahlsiege. Besonders in Bihar waren Ergebnisse wie in Chapra (Janata-Partei 415 000 Stimmen, Congress-Partei 41 600) oder in Hajipur (Janata 469 000, Congress 44 000) keine Ausnahme. Auch in den an den Hindi-Gürtel anschließenden Staaten West-Bengalen, Orissa, Gujarat und Maharashtra mußte der Congress teils gravierende Einbrüche hinnehmen. Lediglich in Südindien konnte der Congress seine Position in bemerkenswerter Weise halten, ja sogar ausbauen. Von den 129 in den vier Süd-Staaten zu besetzenden Parlamentssitzen entfielen nur 6 auf die Janata-Partei, während sich den Rest der Congress und seine Verbündeten teilten. Nur dem guten Abschneiden in Südindien hat es der Congress zu verdanken, daß sein Gesamtstimmenanteil 'nur' von 43,1 % auf 34,6 % sank und die Janata-Partei 'nur' 43,8 % erzielte.

Die Gründe für diese unübersehbare Nord-Süd-Kluft im Wahlverhalten dürften im wesentlichen darin zu suchen sein, daß die besonders negativen Auswirkungen des Ausnahmezustandes in Südindien kaum spürbar waren. (So war das 'Sterilisationssoll' in Tamil Nadu und in Kerala nicht erfüllt

Tabelle 2: Prozentuale Stimmenverteilung der Lok Sabha Wahlen 1971 und 1972

(Berechnung des Verfassers nach den Einzelergebnissen von 539 Wahlkreisen. Offizielle Endauszählungen lagen bei Redaktionsschluß noch nicht vor.)

	Wahlbe- teiligung		Congress		Janata CFD	Con- gress (0)	Jan Sangh	BKD BLD	SSP PSP	Swat- tan- tra
	71	77	71	77	77	71	71	71	71	71
Total	55,3		43,1	34,6	43,8	10,5	7,4	2,1	3,5	3,1
Andhra Pradesh	59,4	62,4	55,7	57,5	32,0	5,5	1,6	-	0,3	4,6
Assam	50,4	56,5	57,0	49,3	37,4	2,9	2,5	-	5,9	0,2
Bihar	48,8	62,0	40,1	22,8	65,0	11,5	12,1	1,0	10,6	0,2
Gujarat	55,6	59,2	44,8	46,9	49,6	39,7	2,2	-	1,6	5,4
Haryana	64,3	73,3	52,6	17,9	70,6	11,3	11,2	0,6	3,1	-
+Himachal Pradesh	41,2	61,5	75,8	38,3	58,4	3,0	10,6	-	-	0,8
+Jammu + Kashmir	58,1	51,6	54,1	17,1	9,6	-	12,2	-	0,5	-
Karnataka	55,0	63,2	71,0	56,5	41,1	16,4	1,9	-	2,3	-
Kerala	64,5	79,1	19,8	28,4	7,0	1,4	1,3	-	3,1	3,2
Madhya Pradesh	48,0	61,6	45,6	29,4	62,1	2,3	33,6	-	2,8	0,1
Maharashtra	59,9	61,3	63,2	48,3	30,1	2,7	5,2	-	3,8	-
Manipur	48,8	60,4	30,0	45,3	8,6	9,0	-	-	5,1	-
Meghalaya	60,9	50,2	-	35,9	-	-	-	-	-	-
Nagaland	43,2	53,6	-	48,3	-	-	0,2	-	8,7	15,9
Orissa	58,8	44,4	38,5	38,2	51,8	2,2	4,4	-	0,8	-
+Punjab	54,0	73,2	46,0	35,9	13,0	4,6	12,4	3,9	2,5	14,7
Rajasthan	54,0	57,0	50,3	29,6	66,1	1,6	-	-	-	-
++Sikkim	-	-	-	-	17,7	30,4	0,0	-	0,9	9,3
Tamil Nadu	71,8	67,1	12,5	22,3	7,7	-	0,4	-	-	-
Tripura	59,9	70,2	36,3	39,7	-	-	12,3	12,7	4,3	0,1
Uttar Pradesh	46,1	54,2	48,6	25,1	68,0	8,6	0,8	-	2,1	-
West Bengal	63,3	60,2	28,2	29,2	21,5	7,0	24,0	-	0,2	0,1
Union Territories	63,3	69,1	58,2	30,2	55,1	1,4	29,6	1,9	0,2	0,1
davon Delhi	65,1	70,8	64,4	30,2	68,1	1,6	-	-	-	-

	CPI		CPI (M)		DMK ADMK		Akali Dal		Andere Parteien		Unabhängige	
	71	77	71	77	71	77	71	77	71	77	71	77
Total	4,7	2,8	5,1	4,4	3,8		0,9		6,1		9,7	
Andhra Pradesh	5,9	2,7	2,8	2,8	-		-		15,2*		8,2	
Assam	5,6	1,4	1,4	4,9	-		-		6,5		17,9	
Bihar	9,8	5,6	0,8	0,2	-		-		4,8		9,1	
Gujarat	-	-	-	-	-		-		0,5		5,6	
Haryana	-	0,6	0,1	-	-		-		11,8		4,7	
+Himachal Pradesh	1,6	1,8	-	-	-		-		5,0		3,1	
+Jammu + Kashmir	-	-	-	-	-		-		1,1		32,2	
Karnataka	0,1	0,5	0,6	-	-		-		39,4		21,1	
Kerala	9,1	10,2	26,2	19,7	-		-		0,1		4,2	
Madhya Pradesh	1,0	0,4	0,1	-	-		-		20,9**		18,0	
Maharashtra	1,9	0,8	0,5	4,2	-		-		0,7		13,9	
Manipur	15,0	11,5	-	-	-		-		14,4		8,3	
Meghalaya	-	-	-	-	-		-		11,9		29,0	
Nagaland	-	-	-	-	-		-		100,0		-	
Orissa	4,3	3,1	1,0	2,0	-		-		51,7		2,5	
+Punjab	6,2	1,6	2,2	5,1	-		30,8	40,6	26,6***		4,5	
Rajasthan	0,5	0,5	0,7	0,4	-		-		1,1		0,1	
++Sikkim	-	-	-	-	-		-		-		12,3	
Tamil Nadu	5,4	4,6	1,6	1,6	35,3	48,6	-		1,3		3,2	
Tripura	6,7	2,2	43,5	34,1	-		-		-		12,9	
Uttar Pradesh	3,7	1,0	0,2	0,1	-		-		1,1		8,4	
West Bengal	10,6	6,5	34,3	26,2	-		-		8,4		5,8	
Union Territories	-	0,3	-	-	-		-		12,0		4,1	
davon Delhi	-	0,4	-	-	-		-		0,2		1,8	

\*hiervon entfallen 14,3 % auf die regionalistische Telangana Praja Samithi, die anschließend im Congress aufging;

\*\*davon 8,3 % Kerala Congress, 6,4 % 'Revolutionary Socialist Party' und 5,6 % Muslim League; \*\*davon 23,6 % Utkal Congress, der sich später der Janata Party anschloß;

+In diesen Staaten steht noch jeweils die Wahl in einem Wahlkreis aus. Berechnung auf der Basis der übrigen Wahlkreise;

++Sitz ohne Wahl an Congress (kein Gegenkandidat).

worden.) Die im Zusammenhang mit den 'Exzessen' besonders diskreditierten Congresspolitiker (die 'Viererbande' Sanjay Gandhi, Bansi Lal, V.C.Shukla, Om Mehta) sind ausnahmslos Nordinder, so daß Südindien kein vergleichbares Negativsymbol kannte. Hinzu kommt, daß mit Ausnahme des Congress-O keine der zur Janata-Partei zusammengeschlossenen früheren Oppositionsparteien in Südindien einen nennenswerten Rückhalt hatte. Das schwache Abschneiden der Janata-Partei in Tamil Nadu und Kerala ist auf lokalpolitische Gegebenheiten zurückzuführen. Die Janata-Partei hatte sich in Madras den 'falschen' Verbündeten in Gestalt der durch Abnutzung und Korruptionsskandale verbrauchten DMK gesucht und mußte mit dieser eine empfindliche Wahlschlappe einstecken. Die Wähler gaben hier der von der DMK abgesplitterten All India Anna Drawida Munnetra Kazhagam unter Führung des populären Filmstars M.G.Ramachandran den Vorzug, die sich eher aus wahlarithmetischem Kalkül mit dem Congress zusammengetan hatte. In Kerala bevorzugten die Wähler (auch bei den nun hier gleichzeitig abgehaltenen Landtagswahlen) das Wahlbündnis aus Congress und CPI; beide Parteien hatten in dem Staat in den letzten 7 Jahren unter dem Kommunisten Achutha Menon eine stabile und relativ erfolgreiche Koalitionsregierung gestellt, was in diesem traditionell instabilen Staat besonders honoriert wurde.

Zu den großen Verlierern dieser Wahlen zählt neben der Congress-Partei und der DMK vor allem die CPI, deren Stimmenanteil von 4,7 % auf 2,8 % fiel und die nur 7 ihrer bislang 23 Sitze halten konnte. Sie mußte damit einen hohen Preis für ihre opportunistische und widersprüchliche Politik der letzten Jahre bezahlen.

#### Der Kampf um die Macht nach der Wahl

Janata-Partei und CFD hatten vor der Wahl bewußt vermieden, sich in der Führungsfrage für den Fall eines Wahlsieges festzulegen, so sehr sie auch vom Congress in dieser Hinsicht gedrängt wurden. Nachdem das Ausmaß des Wahlerfolges sichtbar geworden war und an einer Regierungsbildung

durch die Janata-CFD Kombination nicht mehr zu zweifeln war, begannen fieberhafte Aktivitäten und Kontakte zwischen den Parteigremien und den führenden Politikern der beteiligten Gruppierungen. Nachdem recht bald klargeworden war, daß Charan Singh keine ernsthaften Aussichten auf das Amt des Regierungschefs hatte, blieben als einzige Kontrahenten Morarji Desai und Jagjivan Ram übrig.

J.Rams Verhandlungsposition war dadurch geschwächt, daß die Janata-Partei mit ihren 270 Sitzen ihn und den CFD (mit 28 Sitzen) im Grunde für eine Regierungsbildung nicht benötigte, da sie auf einige Unabhängige und notfalls auf die Akali Dal zurückgreifen konnte. Rams Argument, daß er es schließlich gewesen war, der die Anti-Indira-Welle ausgelöst hatte, wurde nicht unwidersprochen akzeptiert. Da jedoch keine Einigung auf dem Verhandlungsweg herbeigeführt werden konnte, überließ man die Wahl den beiden Altpolitikern Narayan und Kripalani. In dieser Situation warf Charan Singh sein ganzes politisches Gewicht zugunsten von Desai in die Waagschale. (Man vermutet, daß hierbei Kostenanimositäten des Jat-Großbauern Charan Singh gegenüber dem Unberührbaren Ram eine gewisse Rolle gespielt haben.) Da innerhalb der Janata-Partei ein ohnehin deutliches Übergewicht für Desai bestand, mußte die Entscheidung zugunsten des ehemaligen Congress-O Vorsitzenden und jetzigen Janata-präsidenten fallen. Nicht zuletzt sprach für Desai, daß er 19 Monate Haft hinter sich hatte, während Jagjivan Ram keine derartigen Opfer gebracht hatte und deshalb auch einen gleichwertigen moralischen Anspruch auf die Führungsrolle nicht erheben konnte.

Nachdem die Wahl auf Morarji Desai gefallen war, blieben Ram und der CFD-Generalsekretär Bahuguna zunächst dem neuen Janata-Kabinett fern, um dann mit mehrtägiger Verspätung nach erneuter Intervention J.P.Narayans die für sie freigehaltenen Kabinettssitze einzunehmen.

Bei diesem Tauziehen (wie auch schon vorher während des Wahlkampfes) hatte die Jan Sangh Partei eine bemerkens-

werte Zurückhaltung an den Tag gelegt, obwohl sie die stärkste Gruppe innerhalb der neuen Janata-Fraktion stellte und auch die effektivste Parteiorganisation mit eingebracht hatte. Offensichtlich hat sie als die am stärksten ideologisch orientierte Gruppierung in der Janata-Partei eher langfristige Ziele vor Augen als kurzfristige Positionsgewinne.

Der Machtübergang vollzog sich unerwartet problemlos. Bereits in der Nacht vom 20. zum 21. März hatte die Congress-Regierung als letzte Amtshandlung von Tragweite den Ausnahmezustand widerrufen, wohl um der neuen Janata-Regierung diesen Triumph nicht zu überlassen, u.U. aber auch aus Furcht, daß die neue Regierung nun mit ihnen auch so verfahren könnte wie der Congress mit der Opposition einige Monate zuvor. Nachdem die Mehrheitsverhältnisse klar waren und Morarji Desai als Premierministerkandidat von der Janata-Partei bestimmt war, folgten Vereidigung und Kabinettsbildung dann relativ reibungslos. Die in die Minderheit geratene Congresspartei wählte auf einer ersten, konstituierenden Fraktionssitzung Y.B.Chavan zum Führer der Opposition und bot parlamentarische Kooperation an. Bereits wenige Tage nach der Wahl kam es zu einer regen Besuchstätigkeit zwischen den erbitterten Kontrahenten von gestern (Indira besuchte J.P.Narayan, Chavan gratulierte Morarji Desai und Charan Singh suchte Indira Gandhi auf), was ein gutes Licht auf die Reife der indischen politischen Kultur wirft.

Die Spitzen der Ministerialbürokratie, die nach britischem Vorbild am Ideal des unpolitischen Beamtentums orientiert sind, wurden beibehalten, obwohl es auf Staatssekretärsebene sowie in den besonders exponierten Ministerien (z.B. Informationsministerium) zu Umbesetzungen kam.

### Probleme und Herausforderungen an die neue Regierung

Der Machtwechsel in Neu Delhi setzt neue Akzente im politischen System Indiens, die nicht so schnell wieder rückgängig gemacht werden können. Zunächst dürfte das Schicksal Indira Gandhis eine Warnung an alle folgenden

Politiker sein, nicht zu leichtfertig mit den politischen Institutionen und den Grundrechten und Gefühlen der illiteraten Volksmassen umzugehen. Zum anderen kann davon ausgegangen werden, daß die Parteienlandschaft Indiens, die seit der Unabhängigkeit gekennzeichnet war durch eine dominante Regierungspartei und durch eine vielfältig zersplitterte, machtlose wenn auch lautstarke Opposition, einen qualitativen Wandel durchgemacht hat. Ob die eingetretene Polarisierung in ein Zweiparteiensystem münden wird, ist momentan noch nicht zu beantworten. Immerhin ist die Anfang Mai 1977 vollzogene Fusion des CFD mit der Janata-Partei ein wesentlicher Schritt in diese Richtung, denn diese 'Überläuferpartei' stellte einen Unsicherheitsfaktor dar.

Offen bleibt auch, welchen Stellenwert in einem solchen Parteiensystem die kommunistischen Parteien einerseits und die regionalistischen Parteien andererseits einnehmen würden. Mit der Übernahme der Regierungsgeschäfte sah sich die neue politische Führung mit einer Fülle kurz- und langfristiger Probleme und Herausforderungen konfrontiert. Auch wenn die Janata-Regierung damit rechnen kann, daß sie von der Begeisterungswoge noch für einige Zeit getragen werden dürfte, so ist sie sich doch dessen bewußt, daß diese öffentliche Unterstützung sehr schnell in das Gegenteil umschlagen kann, wenn die hochgesteckten Erwartungen der Bevölkerung enttäuscht werden. Wie schnell ein derartiger Umschlag einsetzen kann, hatte Indira Gandhi nach ihrem triumphalen Wahlsieg 1971 erleben müssen.

Es liegt auf der Hand, daß die Regierung zunächst daran gehen wird, die von ihr vor der Wahl so vehement kritisierten Perversionen und Verzerrungen des politischen Systems aus der Zeit des Ausnahmezustandes rückgängig zu machen. Dieses Feld ist am wenigsten kontrovers und dürfte unmittelbar politische Rendite abwerfen. Zwar hatte den wesentlichen Schritt hierzu - Rücknahme der 'Emergency' - noch die Regierung Indira Gandhi selbst vollzogen, doch wurde bereits wenige Tage danach ein ganzes Bündel von Maßnahmen in Angriff genommen, die z.B. das Rechtswesen und die

Presse betreffen (z.B. Umwandlung der staatlichen Nachrichtenagentur 'Samachar' und des Staatssenders 'All India Radio' in unabhängige Körperschaften). Aber bereits die vorbehaltlose Entlassung aller unter der 'Maintenance of International Security Act' und den 'Defence of India Rules' festgehaltenen Häftlinge ist nicht ganz problemlos, da hierunter auch die Naxaliten und die Schmuggler fallen. Andererseits dürfte die rückgängigmachung des ganzen Bündels von Verfassungsänderungen im sog. '42.Amendment' auf Schwierigkeiten stoßen, da hierfür eine Zweidrittelmehrheit in den beiden Häusern des Zentralparlaments notwendig ist, über die die neue Regierung bis auf weiteres nicht verfügt. So erlitt auch schon der Versuch, die in der Zeit des Ausnahmezustandes beschlossene Verlängerung der Legislaturperiode der Parlamente wieder rückgängig zu machen (um so den Weg freizumachen für Landtagswahlen), eine Abfuhr in der Lok Sabha.

Als äußerst dringend stellte sich der Desai-Regierung das Problem der Absicherung der soeben errungenen Macht angesichts (a) der nach wie vor bestehenden Congress-Vorherrschaft in den meisten Landtagen sowie im Oberhaus (Raja Sabha) und (b) der für August bevorstehenden Präsidentenwahl, für die der Congress nach wie vor die Mehrheit im Wahlkollegium kontrolliert. Nachdem die oben angeführte Verfassungsänderung nicht möglich war, setzte die Janata-Regierung gegen den verfassungsrechtlichen Einspruch der betroffenen Landesregierungen und die schweren Bedenken des Vizepräsidenten Jatti in neun Staaten Nordindiens, in denen der Congress die Lok Sabha Wahlen so hoch verloren hatte, die Einführung der 'Presidents Rule' durch, um damit den Weg für Landtagsneuwahlen im Juni freizumachen. Das Argument hierfür ist, daß der Congress in diesen Staaten das moralische Recht auf Stellung der Landesregierung verloren habe und ein 'Klima der Unsicherheit' herrsche, das ein normales Regieren unmöglich mache. (Auch J.P.Narayan hatte sich für diese verfassungsrechtlich durchaus umstrittene Lösung eingesetzt.) Es dürfte der Janata-Regierung nicht leicht fal-

len, den Vorwurf zu entkräften, daß sie die Zentralmacht (auf Kosten des föderativen Prinzips) genauso zum eigenen Vorteil einsetze, wie sie es vorher bei Indira Gandhi kritisiert habe.

Langfristig steht die neue Regierung vor Problemen, deren Lösung auf sehr viel größere (parteiinterne wie auch externe) Schwierigkeiten stoßen wird. Die wichtigsten seien abschließend kurz zusammengefaßt:

#### 1. Ökonomische Probleme

Angesichts der bereits in den letzten Monaten des Ausnahmezustandes sich anbahnenden Preissteigerungen wird das Augenmerk der Regierung vor allem auf Maßnahmen zur Kontrolle dieser Preisentwicklung gerichtet sein müssen. Die Bestrebungen in dieser Richtung dürften erschwert werden durch die hohen Erwartungen der Lohn- und Gehaltsempfänger, die nach neunzehn Monaten Lohnstopp nun einen kräftigen Zuschlag erwarten. Überhaupt wird die Regierung äußerst viel Überzeugungskraft aufbringen müssen (etwa über den nun zum Minister avancierten Gewerkschaftsführer George Fernandes), um die Gewerkschaften davon abzuhalten, aus dem berechtigten Gefühl des Nachholbedarfs über das Ziel hinauszuschießen.

Radikale Änderungen im Wirtschaftsgefüge sind von der neuen Regierung nicht zu erwarten. Die liberal-konservative Ausrichtung der meisten neuen Regierungsglieder dürfte auf absehbare Zeit die Wiederholung einer populistisch-verbalradikalen Politik verhindern. Landreform und Verstaatlichungen größeren Ausmaßes sind nicht zu erwarten. Als wahrscheinlich gilt eine Gewichtsverlagerung weg von der Schwer- und Großindustrie hin zur bisher stark vernachlässigten Landwirtschaft und Dorfindustrie.

#### 2. Bevölkerungswachstum und Familienplanung

Die neue Regierung wird sich eine abgeänderte Politik zur Kontrolle des Bevölkerungswachstums einfallen lassen müssen. Das Fatale an der rücksichtslosen Sterilisations-

politik der letzten Monate ist die Tatsache, daß für Jahre das Thema 'Bevölkerungskontrolle' für weite Kreise ein heißes Eisen, wenn nicht gar ein Tabu sein wird. Immerhin war es ein geschickter Schachzug der Desai-Regierung, den populären und sehr unkonventionellen Politiker Raj Narain, der Indira Gandhi in Rae Bareilly besiegt hatte, zum neuen Gesundheitsminister zu ernennen. Er hat sich grundsätzlich für Sterilisationen als Methode der Familienplanung ausgesprochen, allerdings unter Betonung darauf, daß dies ohne jeden Zwang zu geschehen habe. Das Hauptgewicht dürfte fortan eher auf der Motivation zur freiwilligen Sterilisation (neben anderen Methoden der Familienplanung), als im Addieren von erfolgreichen 'Cases' liegen.

### 3. Zusammenhalt der Janata-Partei

Wie weit die neue Regierung Bestand haben und sie langfristig neue Akzente in der indischen Politik setzen kann, wird weitgehend von der Kohäsion der Regierungspartei abhängen. Daß es mit dem Enthusiasmus der Wahlkampfzeit allein nicht getan ist, zeigen die Ereignisse während der Regierungsbildung, bei der Spannungen zwischen den Wahlsiegern so stark bemerkbar wurden, daß ein plötzlicher rapider Vertrauensschwund in der Bevölkerung drohte. Nachdem diese Krise abgewendet ist, scheint sich vorerst eher die integrative Komponente durchzusetzen. Die Anfang Mai vollzogene 'endgültige' Verschmelzung der vier Parteien zur Janata-Partei, der sich dann einen Tag später auch der CFD anschloß, hat allen skeptischen Spekulationen bis auf weiteres den Boden entzogen.

Doch diese Eintracht muß nicht von langer Dauer sein. J.P.Narayan und Morarji Desai sind beide über 80 Jahre alt. Bereits der Abtritt eines der beiden könnte eine völlig neue Situation schaffen, in der offen ist, wie weit sich dann die Gruppe der ehemaligen Jan Sangh Politiker, der ehrgeizige Charan Singh oder der in allen Finessen indischer Machtpolitik bewanderte Jagjivan Ram durchsetzen wird.

#### 4. Regionale und kommunalistische Spannungen

Die Janata-Regierung wird ein hohes Maß an Fingerspitzengefühl aufbringen müssen, um die aufgebrochene Nord-Süd Kluft abzubauen. Ob sie dies durch die Ermunterung einer Überlaufbewegung unter den Parteipolitikern der Südstaaten versucht oder sich südindische Regionalparteien als Verbündete sucht (die AIADMK hat sich bereits angeboten), ist nicht mit Sicherheit vorauszusagen. Einer Annäherung steht das Image im Wege, das Teile der Janata-Partei (M.Desai, Jan Sangh) als Hindi-Protagonisten in Südindien haben.

Auf anderer Ebene liegt das Problem möglicher Spannungen zwischen Hindus und Muslims. Zwar wurde der Wahlkampf mit demonstrativ propagierten Einheitsformeln bestritten, wozu sich auch Vertreter beider Gemeinschaften bekannten (ihre Kritik: der Congress hat bislang wie die Briten die Spannungen zwischen den Religionsgruppen geschürt, um besser herrschen zu können), doch darf bezweifelt werden, daß mit der offiziellen Verbrüderung etwa zwischen dem Imam der Jami Masjid von Delhi und den RSS-Führern auch tatsächlich alle Probleme der Vergangenheit gelöst sind. Die nach der Wahl vom Imam erhobene Forderung, daß nun eine Umschreibung der indischen Geschichte notwendig sei (d.h. eine bessere Würdigung der Rolle der Muslime, vor allem der Moghuls), deutet bereits auf potentielle Spannungsbereiche.

Abschließend kann man nur hoffen, daß die Indische Union nun eine mindestens fünfjährige Zeitspanne vor sich hat, in der sowohl die regierende Janata-Partei als auch eine regenerierte, starke Congress-Opposition mit den vielfältigen Herausforderungen fertig werden. Werden diese Hoffnungen enttäuscht, wird das Vertrauenskapital, das die indische Demokratie innerhalb und außerhalb Indiens durch diese Wahlen wiedergewonnen hat, umso schneller und womöglich unwiderruflich verspielt sein.